

Siegener Zeitung [online](#)

BRIEF AN DIE SZ

Wunschdenken hilft nicht

Zum Artikel „Schutz der Bewohner im Fokus“ in der SZ vom 13. Februar:

Windenergie ja – Windenergie nein. Bad Berleburgs erster Beigeordneter Jürgen Weber will den Fokus, jedenfalls bei der Ablehnung von Windenergie an den hessischen Grenzen Bad Berleburgs, nicht auf den Schutz von Natur und Landschaft legen. Diese Haltung ist möglicherweise dem Umstand geschuldet, dass die Kommune selbst Anlagen in Waldgebieten im Stadtgebiet von Bad Berleburg genehmigen will. In diesem Fall werden mögliche Einwendungen des Naturschutzes natürlich nicht gerne gesehen.

Dass an der hessischen Landesgrenze zum Bad Berleburger Ortsteil Wundertshausen zu den dort bereits errichteten fünf Anlagen weitere zwölf hinzukommen könnten, die allerdings die doppelte Höhe der jetzigen haben, stimmt mehr als bedenklich. Anlagenhöhen von über 200 Meter, also weit über denen des Kölner Doms, werden nicht nur massive Auswirkungen auf Natur- und Landschaft haben, sondern natürlich auch auf die in unmittelbarer Nähe wohnenden Menschen. Jochen Niemand von der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU) warnt seit langer Zeit vor den Auswüchsen, die diese Industrieanlagen mit sich bringen: „Die Menschen werden leider oft erst wach, wenn es zu spät ist. Dann steht möglicherweise der Industriebwald in Wittgenstein schon.“

Wann gesteht sich die Politik endlich ein, dass Windenergie als eine der möglichen regenerativen Energien zwar eine gute Energiegewinnungsmöglichkeit ist – aber eben nicht überall. Auch wenn auf

den Wittgensteiner Höhen vielleicht die eine oder andere gute Möglichkeit besteht – Natur- und Landschaftsschutz, Artenschutz und vor allem Interessen der Menschen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Das hat auch NRW-Umweltminister Johannes Rimmel immer propagiert und wir hoffen, dass er Einsicht zeigt und auf die zwar möglichen, aber aufgrund gegebener Umstände offensichtlich nicht realisierbaren Standorte in Siegen-Wittgenstein verzichtet.

Bei dem Treffen der Landesumweltminister mit dem Bundesumweltminister sollte er drauf drängen, dass endlich die Leitungsproblematik und damit die fehlenden Einspeisemöglichkeiten der Energie, die jetzt schon gewonnen wird, gelöst wird. Es ist ein Skandal, dass der in Norddeutschland gewonnene Strom nicht nur nicht eingespeist werden kann, sondern auch noch verschenkt oder gar die Abnahme durch angrenzende Nachbarländer bezahlt werden muss. (...)

Minister Johannes Rimmel muss einsehen, dass die Prognose, Windenergie sei die am schnellsten realisierbare regenerative Energie, nur teilweise stimmt. Zunehmend mehr Bürgerinitiativen gegen die Errichtung deuten auf das Gegenteil hin. Die Akzeptanz der Bevölkerung, die Rimmel so wichtig ist, ist nicht so zahlreich vorhanden, wie er es sich gewünscht hat. (...) Wunschdenken hilft nicht weiter, Entscheidungen sind zu treffen, Alternativen müssen bedacht werden und auch die Energieversorger müssen in die Pflicht genommen werden.

Beate Grimm (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald), Freudenberg, Siegener Straße 199c

BRIEF AN DIE SZ

Wunschdenken hilft nicht

Zum Artikel „Schutz der Bewohner im Fokus“ in der SZ vom 13. Februar:

Windenergie ja – Windenergie nein. Bad Berleburgs erster Beigeordneter Jürgen Weber will den Fokus, jedenfalls bei der Ablehnung von Windenergie an den hessischen Grenzen Bad Berleburgs, nicht auf den Schutz von Natur und Landschaft legen. Diese Haltung ist möglicherweise dem Umstand geschuldet, dass die Kommune selbst Anlagen in Waldgebieten im Stadtgebiet von Bad Berleburg genehmigen will. In diesem Fall werden mögliche Einwendungen des Naturschutzes natürlich nicht gerne gesehen.

Dass an der hessischen Landesgrenze zum Bad Berleburger Ortsteil Wundertshausen zu den dort bereits errichteten fünf Anlagen weitere zwölf hinzukommen könnten, die allerdings die doppelte Höhe der jetzigen haben, stimmt mehr als bedenklich. Anlagenhöhen von über 200 Meter, also weit über denen des Kölner Doms, werden nicht nur massive Auswirkungen auf Natur- und Landschaft haben, sondern natürlich auch auf die in unmittelbarer Nähe wohnenden Menschen. Jochen Niemand von der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU) warnt seit langer Zeit vor den Auswüchsen, die diese Industrieanlagen mit sich bringen: „Die Menschen werden leider oft erst wach, wenn es zu spät ist. Dann steht möglicherweise der Industriebwald in Wittgenstein schon.“

Wann gesteht sich die Politik endlich ein, dass Windenergie als eine der möglichen regenerativen Energien zwar eine gute Energiegewinnungsmöglichkeit ist – aber eben nicht überall. Auch wenn auf

den Wittgensteiner Höhen vielleicht die eine oder andere gute Möglichkeit besteht – Natur- und Landschaftsschutz, Artenschutz und vor allem Interessen der Menschen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Das hat auch NRW-Umweltminister Johannes Rimmel immer propagiert und wir hoffen, dass er Einsicht zeigt und auf die zwar möglichen, aber aufgrund gegebener Umstände offensichtlich nicht realisierbaren Standorte in Siegen-Wittgenstein verzichtet.

Bei dem Treffen der Landesumweltminister mit dem Bundesumweltminister sollte er drauf drängen, dass endlich die Leitungsproblematik und damit die fehlenden Einspeisemöglichkeiten der Energie, die jetzt schon gewonnen wird, gelöst wird. Es ist ein Skandal, dass der in Norddeutschland gewonnene Strom nicht nur nicht eingespeist werden kann, sondern auch noch verschenkt oder gar die Abnahme durch angrenzende Nachbarländer bezahlt werden muss. (...)

Minister Johannes Rimmel muss einsehen, dass die Prognose, Windenergie sei die am schnellsten realisierbare regenerative Energie, nur teilweise stimmt. Zunehmend mehr Bürgerinitiativen gegen die Errichtung deuten auf das Gegenteil hin. Die Akzeptanz der Bevölkerung, die Rimmel so wichtig ist, ist nicht so zahlreich vorhanden, wie er es sich gewünscht hat. (...) Wunschdenken hilft nicht weiter, Entscheidungen sind zu treffen, Alternativen müssen bedacht werden und auch die Energieversorger müssen in die Pflicht genommen werden.

Beate Grimm (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald), Freudenberg, Siegener Straße 199c



Etliche Bürgerinitiativen haben sich in Simmern zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um sich gegen eine verfehlte Energiepolitik zu wehren, wie sie meinen.

Der „andere“ Schulterschluss

Brachbach/Simmern Bürgerinitiativen gegen verfehlte Windkraft-Politik planen Verein

Energiewende soll Mensch und Natur gleichermaßen berücksichtigen.

sz/thor ■ Merke: Nicht nur große Projektentwickler in der Windenergie arbeiten bei Bedarf zusammen, auch die Gegner einer – nach ihrer Meinung – verfehlten Energiepolitik. So wie die Firmen Juwi und Grünwerke auf der Kreuzeiche den Schulterschluss suchen, so eng sind jetzt zahlreiche Bürgerinitiativen aus Rheinland-Pfalz zusammengedrückt. Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“ will man sich von der Pfalz bis ins Siegerland dagegen wehren, dass die Planungen nur einseitig vorangetrieben werden. Die zentrale Forderung der Bürgerinitiativen lautet: Windkraft ja, aber mit einem natur- und vor allem menschenverträglichen Bau der Anlagen.

Über 50 Delegierte aus bislang 14 Initiativen mit über 6000 Mitgliedern aus allen Teilen des Landes kamen laut einer Pressemitteilung am vergangenen Samstag in Simmern zusammen. Dort wurde die Basis für die Gründung eines Vereins mit dem Namen „Energiewende für Mensch und Natur“ geschaffen, um die Landesregierung – insbesondere die Grünen – zu einer Umkehr ihrer Politik zu bewegen. An vorderster Front mit dabei war und ist die BI Siegtal, deren Mitglieder sich gegen die Windkraft-Pläne für den Giebelwald und Höhwald wehren.

BI-Sprecher Werner Weller hat überall dort, wo sich Widerstand regt, eine Art „roten Faden“ ausgemacht: „Die Bürger sind nicht mit ins Boot geholt worden“, sagte der Brachbacher im Gespräch mit der SZ. Dies sei auch in der Verbandsgemeinde Kirchen der Fall. Der Ort Simmern sei mit Bedacht gewählt worden, sei der Rhein-Hunsrück-Kreis doch ein Extrembeispiel für eine verfehlte und ungesteuerte Windkraftpolitik. Der Soonwald gilt für Weller und seinen Mitstreiter Jürgen Naskrent als mahnendes Beispiel dafür, wie gutgläubige Menschen überrumpelt und riesige Schneisen in die Wälder geschlagen wurden. Genau das könne auch auf beiden Seiten des Siegtals passieren. Naskrent berichtete, dass der neue Verein auch einen Fonds einrichten will, mit dessen Hilfe eigene Gutachten und rechtliche Verfahren bezahlt werden sollen.

Mit dabei in Simmern waren auch Vertreter der Naturschutzverbände BUND und NABU, „um eine Allianz gegen die Industrialisierung von Naturflächen und für eine wertorientierte Energiewende zu gründen“. Man sei sich einig: Die grünen Ministerien für Wirtschaft und Umwelt hätten den Naturschutz faktisch abgeschafft. Die Energiewende sei zum Deckmantel für die Gewinnung neuer Einnahmen auf Kosten der Natur und der Strompreiskunden geworden und werde damit

instrumentalisiert.

Mittlerweile werde selbst die Gewinnung von Trinkwasser der Energieerzeugung untergeordnet, heißt es in dem Pressebericht. „Natur- und Artenschutz, Tourismus und Naherholung, Lebensqualität, regionale Investitions- und Planungssicherheit – all das wird auf dem ‚Altar der Energiewende‘ geopfert. Wieder und wieder fallen Landschaftsschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete oder Wasserschutzgebiete den Windkraftanlagen zum Opfer. Sensible Naturflächen werden nachhaltig geschädigt. Auch im Hinblick auf die internationalen Konventionen verstößt die rot-grüne Politik gegen den Grundsatz der Gleichwertigkeit von Klima- und Artenschutz.“

Das landesweite Bündnis „Energiewende für Mensch und Natur“ fordert die Landesregierung auf, diese ungesteuerte Entwicklung unverzüglich zu stoppen; folgende Punkte werden genannt:

Gleichwertige Berücksichtigung von Klima-, Natur- und Artenschutz sowie die stärkere Berücksichtigung des Landschaftsschutzes bei der Errichtung von Windkraftanlagen.

Natura-2000-Gebiete, Naturparks, Wälder sowie Wasserschutzgebiete sind von Windenergieanlagen frei zu halten, d.h. Ausweisung als Ausschlussflächen für Windkraftanlagen.

Sicherstellung unabhängiger Gutachten, Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände bei deren Erstellung sowie im Genehmigungsverfahren bei allen geplanten Windkraftanlagen.

Zum Schutz des Menschen sind ausreichende Mindestabstände von Windkraftanlagen zu bewohnten Gebieten einzuhalten (mindestens 2000 Meter; die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation liegt sogar bei 3 km).

Sicherstellung einer regionalen Verträglichkeit zum Schutz von Arbeitsplätzen im Tourismus. Zum Lebenserhalt in der Region gehören auch die Wertschöpfung aus dem Fremdenverkehr und der Werterhalt eigener Immobilien.

Die Energiewende mit Augenmaß und Umsicht bis 2030 umzusetzen. Alle Maßnahmen der Energiewende in RLP sind in eine Gesamtstrategie und -planung einzubinden und dürfen nicht weiter isoliert betrieben werden. Hierzu gehören auch der erforderliche Netzausbau und die Entwicklung von Speichermöglichkeiten.

Eine qualifiziert gesteuerte Planung durch die regionalen Planungsgemeinschaften nach klaren Ausschlusskriterien. Die kommunale Bauleitplanung ist hier völlig überfordert. Die Planungsgemeinschaften sind um unabhängige Naturschutzexperten sowie durch Vertreter der anerkannten Verbände zu erweitern.

Abschließend heißt es: „Es ist der Anfang einer kraftvollen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer klaren Ansage an die Mainzer Politik.“ Gerade im Bundestagswahljahr 2013 werde man sich mit vielfältigen Aktionen einbringen, „um eine wirkliche Energiewende zu erreichen“.

Eine Modellregion?

Erneuerbare Energiequellen: Wirtschaft positioniert sich

sz **Siegen/Olpe/Arnsberg.** Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen wird auch in Südwestfalen erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die Inanspruchnahme von Flächen haben. Die regionale Wirtschaft hat deshalb ihre Anforderungen an die Regionalplanung in einem gemeinsamen „Fachbeitrag der Wirtschaft“ formuliert. Mitgewirkt an dem Positionspapier haben die Industrie- und Handelskammern Arnsberg, Hagen und Siegen, die Handwerkskammern Dortmund und Südwestfalen, die Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise Hochsauerland, Siegen-Wittgenstein, Soest und Märkischer Kreis sowie Sauerland-Tourismus und der Touristikverband Siegerland. Es wurde gestern an Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann übergeben.

„Schon in der Vergangenheit ist es in unserer Region gelungen, Industrie und Natur in Einklang zu bringen. Das ist eine gute Basis: Südwestfalen hat eine hervorragende Zukunft als Industrie- und Energieregion im Grünen“, so SIHK-Hauptgeschäftsführer Hans-Peter Rapp-Frick bei der Übergabe. Das Schlagwort von der Energiemodellregion erhalte damit eine neue Bedeutung. Es beschreibe den Anspruch, den Konflikt zwischen sicherer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen, Zukunftsfähigkeit der Industrieregion und Stärkung des Arbeits-, Lebens- und Erlebnisraums Südwestfalen aufzulösen.

„Bei Mobilität, Energieversorgung sowie als industrieller Zulieferer spielt das Handwerk im Rahmen der Energiewende eine große Rolle. Der Fachhandwerker verfügt auf all diesen Feldern über eine hohe Fach-, Beratungs- und Planungskompetenz“, betonte Meinolf Niemand, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Südwestfalen, die Chancen der Energiewende. „Entscheidend aus Sicht des Tourismus wird das Maß der Veränderungen im Landschafts- und Ortsbild sein. Neben

zunächst zu erwartenden negativen Auswirkungen sind durchaus auch positive Effekte denkbar“, machte Thomas Weber, Geschäftsführer des Sauerland-Tourismus e.V., deutlich. Bereiche der Erholung müsse die Regionalplanung von Zonen mit einer verstärkten Nutzung für die Erzeugung erneuerbarer Energien räumlich trennen. Schutzwürdig seien vor allem die Kurorte und Heilbäder sowie die Weitwanderwege. Andererseits sei die Umweltsensibilität vieler Touristen deutlich gestiegen. Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende könne auch zur Modernisierung des touristischen Images beitragen. „Ein überzeugendes Konzept für den Ausbau der regenerativen Energien in Südwestfalen bietet die Chance, sich über Tourismus und Naherholung, hinaus auch als Wirtschaftsstandort mit modernem Profil zu vermarkten und gerade für junge Fachkräfte interessant zu machen“, ergänzte gestern Jochen Schröder von der Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis.

Gemeinsam machten alle Wirtschaftsvertreter deutlich: Zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende sei es erforderlich, in einer möglichst großräumig abgestimmten Strategie Standorte zur Nutzung erneuerbarer Energien regionalplanerisch zu entwickeln, die sich auch tatsächlich eignen. Die Ausweisung entsprechender Standorte müsse bewusst unter regionalplanerischen Aspekten gesteuert werden. Hier eröffne sich erneut die Chance einer intensiven Zusammenarbeit über Kommunal- und Kreisgrenzen hinweg. Abzulehnen sei eine rein reagierende Strategie auf einzeln vorgetragene Investorenwünsche.

Der Regionalrat bei der Bezirksregierung hatte beschlossen, den Regionalplan um einen Abschnitt „Energie“ zu ergänzen. Er soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien schaffen und Nutzungskonflikte bereits auf regionaler Ebene ausgleichen.

SZ 16-03-2013

1 000 000 000 000 €

Bundesumweltminister Altmaier beziffert die möglichen Kosten der Energiewende

*Der neuen deutschen
Energiepolitik fehlte
bisher ein Preisschild.*

dpa ■ Die Kosten der Energiewende könnten sich nach Angaben von Bundesumweltminister Peter Altmaier auf bis zu 1 Billion € belaufen – wenn nicht gegengesteuert wird. Der CDU-Politiker wies gestern auf die hohen Ausgaben für die Förderung von Wind- und Solarparks hin. „Das alles kann dazu führen, dass sich die Kosten der Energiewende und des Umbaus unserer Energieversorgung bis Ende der 30er Jahre dieses Jahrhunderts auf rund 1 Bill. € summieren könnten“, sagte Altmaier. „Wenn wir nichts dagegen tun, werden wir diese Größenordnung erreichen.“

Die Opposition kritisierte die Aussagen Altmaiers scharf. „Der Bundesumweltminister ist ein großer Alarmist, der ständig mit Blaulicht durch Berlin fährt und vor steigenden Strompreisen warnt“, sagte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Die derzeitige Lage habe die



Peter Altmaier bei einer Inspektion des Windparks „Alpha Ventus“ in der Nordsee vor Borkum.

Foto: dpa

Bundesregierung allein zu verantworten – erst habe sie zwei Jahre mit der Atom-Laufzeitverlängerung zugebracht und dann eine 180-Grad-Wende vollzogen, die starke Nebenwirkungen mit sich bringe.

Der Grünen-Energiepolitiker Hans-Josef Fell sagte: „Mit Horrorzahlen versucht Altmaier, die Investitionskosten für erneuerbare Energien aufzubauschen. Dabei liegen die Kosten für die Beibehaltung des konventionellen Energiesystems mindestens doppelt so hoch.“

Altmaier verteidigte seine Schätzung: „Ich will mit dieser Zahl die Notwendigkeit der Reform unterstreichen.“ Er betonte, ohne Kürzungen bei der Ökostromförderung würden bis zum Jahr 2022 Einspeisevergütungen und Zahlungsverprechen von rund 680 Mrd. € auflaufen. Davon seien bis Ende 2012 bereits mehr als 300 Mrd. € ausgezahlt oder den Investoren verbindlich zugesichert worden. Allerdings könnten mit der von ihm und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) vorgeschlagenen „Strompreisbremse“ Ausbaurkosten von bis zu 300 Mrd. € vermieden werden. Er lege großen Wert darauf, dass die Opposition bei der „Strompreisbremse“ an Bord sei – und zwar unabhängig davon, ob der Bundesrat zustimmen müsse oder nicht, bekräftigte Altmaier.

Allerdings gibt es gegen Teile seines Konzepts auch Widerstand aus den eigenen Reihen: Die CSU will nachträgliche Förderkürzungen für bestehende Anlagen nicht mittragen. In Bayern sind mehr als 383 000 Ökoenergieanlagen installiert – und am 15. September wird im Freistaat ein neuer Landtag gewählt.